

Antrag

der Abgeordneten Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Walter Riester, Karin Kortmann, Detlef Dzembitzki, Siegmund Ehrmann, Gabriele Groneberg, Anke Hartnagel, Klaus Werner Jonas, Dr. Sascha Raabe, René Röspel, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hungerkatastrophe in Simbabwe weiter bekämpfen – Internationalen Druck auf die Regierung Simbawwes aufrechterhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Analyse der Entwicklungen in Simbabwe darf nicht den historischen Hintergrund des schweren kolonialen Erbes mit seiner massiv ungerechten Verteilung des fruchtbaren Landes außer Acht lassen. Simbabwe, das als eine der letzten weißen Siedlerkolonien im Jahr 1980 die Unabhängigkeit errang, hat seither die Chance auf eine rechtsstaatliche Landreform, die zu einer gerechten und legalen Verteilung der Ressourcen geführt hätte, verpasst. Dies hat die despotische, autokratische und rassistische Herrschaft von Präsident Robert Mugabe und der Regierungspartei ZANU-PF dazu ausgenutzt, um seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen voranzutreiben und damit das Land ins Chaos gestürzt.

Die Rechtsstaatlichkeit im Land ist durch massive Menschenrechtsverletzungen ausgehöhlt. Korruption und Klientelismus sind fundamentale Bestandteile des Herrschaftssystems Robert Mugabes. Die Präsidentschaftswahlen, die im März 2002 in Simbabwe stattfanden, sind u. a. nach den Einschätzungen des Wahlunterstützungsnetzwerkes, ein Zusammenschluss von 38 Nichtregierungsorganisationen, und einer Beobachtergruppe von SADC-Parlamentariern manipuliert worden. Die EU stellte in einer entsprechenden Erklärung fest, dass die Präsidentschaftswahlen weder frei noch fair gewesen seien. Die Repressionen gegen die politische Opposition dauern an.

Die Rückwirkungen dieser politischen Entwicklungen auf die wirtschaftliche Situation des Landes sind fatal: das Bruttoinlandsprodukt ging 2002 um 12 Prozent zurück, die Auslandsschulden liegen bei 5 Mrd. US-Dollar, die Inflationsrate lag Ende 2002 bei 198 Prozent, die Realeinkommen sind um ein Drittel gesunken, so dass nach Informationen des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs im Jahr 2001 inzwischen 75 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Arbeitslosigkeit im formellen Sektor wird auf 80 Prozent geschätzt. Arbeitslos gewordene Landarbeiter bilden zusammen mit ihren Familienangehörigen eine gesellschaftliche Schicht von etwa einer Million Menschen, die als interne Vertriebene gelten.

Diese katastrophalen sozio-ökonomischen Entwicklungen sind durch die chaotisch und ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen sowie unter Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze durchgeführte Landreform und durch die aktuellen klimatischen Verhältnisse weiter verschärft worden. Die aktuelle Nahrungsmittelknappheit ist die schlimmste seit der Dürre von 1992.

Nach letzten Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) sind 7,2 Millionen der insgesamt 13 Millionen Einwohner Simbawes von Hunger bedroht. Nirgends in den Hungergebieten im südlichen Afrika ist der Anteil der Hungernden an der Gesamtbevölkerung so hoch. Seit Anfang Januar 2003 hat die Unruhe in der simbabwischen Bevölkerung aufgrund der Nahrungsmittelknappheit spürbar zugenommen, nicht zuletzt auch weil das Regime Robert Mugabes Nahrungsmittellieferungen nach politischen Kriterien verteilt und sich Mitglieder der politischen Elite an der aktuellen Notlage der Bevölkerung bereichern. Vereinzelt kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat Deutschland bereits im Mai 2000 weitestgehend und ab Juni 2002 vollständig die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe eingestellt. Die Bundesregierung fördert jedoch weiterhin Projekte von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Kirchen in den Bereichen Armutsbekämpfung, HIV/Aids, Demokratieförderung und Krisenprävention sowie humanitäre Hilfsprojekte einschließlich Nahrungsmittelprogramme. Sie hat hierfür zusätzliche Mittel bereitgestellt. Dies soll verhindern, dass die Bevölkerung noch mehr unter der wirtschaftlichen Krise Simbawes leidet.

In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung gleichzeitig bilateral und im Rahmen der EU massiv den politischen Zusammenhang zwischen unverantwortlicher Regierungsführung und der Verschärfung der Hungerkrise herausgestellt. Ebenso wurde die Mitgliedschaft Simbawes in den Gremien des Commonwealth im März 2002 vorläufig für ein Jahr suspendiert. Und die Europäische Union hat gegen führende Mitglieder von Regierung und Regierungspartei ZANU-PF im Februar 2002 Sanktionen verhängt. Im südlichen Afrika hat die Situation in Simbabwe allerdings noch nicht zu einer Isolation der Regierung Robert Mugabes geführt. Bemühungen Nigerias und Südafrikas zur Verbesserung der Lage in Simbabwe, auch im Auftrag des Commonwealth, haben noch nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Zurzeit gibt es eine Debatte zwischen den Regierungen des südlichen Afrika und den USA über die Folgen des Imports von gentechnisch verändertem Mais, der in großen Mengen als Nahrungsmittelspende von Seiten der USA zur Verfügung gestellt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit ruhen zu lassen, aber gleichzeitig weiter Hilfsmaßnahmen von internationalen NRO und Kirchen zur Linderung der Not der Bevölkerung zu fördern. Eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit auf allen Gebieten, insbesondere auch bei der Durchführung einer Landreform und bei der Förderung regierungsunabhängiger Organisationen in den Bereichen der Nothilfe, der Konfliktlösung und der Verbesserung der Menschenrechtssituation, soll für den Fall angeboten werden, dass rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse im Land wiederhergestellt werden,
- sich gegenüber den europäischen Partnern dafür einzusetzen, dass die am 18. Februar 2003 auslaufenden Strafmaßnahmen der EU gegen Simbabwe verlängert werden. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung die Unterstüt-

- zung für den Dialog mit Opposition, Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen ausbauen,
- als neues nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat darauf hinzuwirken, dass die aktuelle Krise in Simbabwe im Sicherheitsrat mit dem Ziel auf die Tagesordnung gesetzt wird, den Konflikt in der Region einzudämmen und einer Lösung näher zu bringen. In diesem Zusammenhang sollte folgenden Forderungen besondere Beachtung geschenkt werden: sofortige Beendigung der politischen Verfolgung von Oppositionellen, Aufklärung politischer Morde und Folterfälle unter Beteiligung internationaler Menschenrechtsorganisationen, die ungehinderte Verteilung von Nothilfe durch unabhängige nationale und internationale Hilfsorganisationen,
 - sich bei den Regierungen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), insbesondere bei der Regierung Südafrikas, nachdrücklich dafür einzusetzen, dass eine Regionalisierung der Krise in Simbabwe verhindert und jede Möglichkeit genutzt wird, auf das Regime und die Regierung Simbabwes Druck auszuüben, um einen Kurswechsel in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu erreichen.
 - dass sie bei aller gebotenen Schärfe der Sanktionen gegen das Regime in Simbabwe darauf achtet, dass die dortige Krise den wichtigen politischen Dialog mit Afrika insgesamt (EU-Afrika-Dialog, NEPAD) nicht so stark überschattet, dass dadurch eine konstruktive inhaltliche Zusammenarbeit insgesamt faktisch nicht mehr möglich wird,
 - Empfängerländer von gentechnisch veränderten Nahrungsmittelhilfen gezielt darauf hinzuweisen, dass dies – neben ungeklärten Folgen für die Konsumenten – auch zu Problemen beim Export führen kann,
 - verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, dass die auf Nahrungsmittelhilfe angewiesenen Länder nicht zur Einfuhr von gentechnisch verändertem Mais genötigt werden.

Berlin, den 12. Februar 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

